

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51,
Corneliusstr. 66. Berichte, keine Beiträge u. sind
zunächst an den betr. Bezirksvorstand einzuliefern.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. A

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3.— M. Expedition und Druck von
Joh. van Aken in Krefeld, Buth, Kirchstraße 66.
1923/24 Fernsprech-Nr. 1358. 22222222

Nr. 11. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 14. März 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Sür die Praxis.

Eine sich in vielen Versammlungsberichten ständig wiederholende Klage ist: Die Versammlung war nur mäßig besucht. Es wird wohl eine zürnende Philippika über die Interessenlosigkeit der Versammlungsschwärmer angefügt, aber die ernüchterte Besserung ist dadurch wohl nur in den seltensten Fällen eingetreten. Wenn manche Ortsgruppe den Ursachen des schlechten Versammlungsbesuches nachspüren würde, so würde sie finden, daß manchmal die Ortsgruppenleitung selbst nicht ganz unculdige an dem Fernbleiben vieler Mitglieder von den Versammlungen ist. Gewiß nicht immer! Es gibt Ortsgruppen, die trotz der reichlichsten Mühe des Vorstandes über schlechte Versammlungen zu klagen haben. Die Laune mancher Mitglieder ist geradezu erschreckend. Sie wollen nicht erkennen, wie durch ihre Trägheit die Bestrebungen der Arbeiter um kulturellen Aufstieg gehemmt werden. Gerade unsere Mitgliedsversammlungen geben die echte Kraft gewerkschaftlicher Solidarität, sie sind die Quellen geistiger Anregungen und Fähigkeiten, der Maßstab für die innere und äußere Stärke der organisierten Arbeiterschaft am Orte und nicht zuletzt der gesamten Arbeiterschaft. Wo die Laune der Mitglieder so groß geworden ist, daß sie nicht einmal mehr die gemeinsamen Zusammenkünfte der Kollegen besuchen, wo sie es nicht einmal mehr für notwendig halten, die dem Arbeiterstande interessierenden Fragen untereinander zu besprechen, da kann von einer fruchtbringenden Tätigkeit der Organisation wohl kaum mehr die Rede sein, wenigstens werden die Erfolge der Gewerkschaften in ihrem Tempo gewaltig aufgehalten. Ein Verbrechen an seinem Vaterlande begeht der Soldat, der im Falle eines Krieges den Dienst verweigert, eine Sünde an seinen Kollegen begeht dasjenige Mitglied, das nicht mit raket und taret zur Hebung des Arbeiterstandes. Wer aber niemals oder nur selten die Versammlungen, öffentliche sowohl als auch ganz besonders Mitgliedsversammlungen besucht, arbeitet nicht nur nicht mit, sondern steht mit seinem Schlafstüber auch die anderen Kollegen an und bringt eine ganze Bewegung am Orte vielleicht auf das tote Geleis.

Die Ursache des schlechten Versammlungsbesuches liegt unstreitig in der mitunter haarsträubenden Interessenlosigkeit und geistigen Trägheit mancher Mitglieder. Man sollte es kaum für möglich halten, wie kalt und teilnahmslos oft Kollegen über Fragen, die sie selbst und ihre Organisation betreffen, hinweggehen können. Lohnbewegungen und Streiks sind das A und O ihres gewerkschaftlichen Interesses. Keine Spur von Bemühungen, die Gewerkschaftsbewegung und die gesamte Arbeiterbewegung in ihren inneren und tieferen Ursachen und Zusammenhängen zu erfassen, kein Interesse für die mannigfachen großen Fragen außer solchen über Löhne und Arbeitszeit, die aber nicht minder wichtig, ja vielfach noch bedeutend wichtiger sind als diese. Mit kaufmännischer Genauigkeit rechnen solche Kollegen vielfach aus, wieviel an Beiträgen sie schon eingezahlt haben und wieviel Lohnverhöhung demnach gefordert werden muß, um den Verbandsbeitrag auch mit 10 und spärlich Prozent rentiert zu bekommen. Gewerkschaftsbewegung und wollelessen Arbeiterbewegung sind solchen Kollegen ganz fremde Begriffe. Es gibt, leider, daß es gesagt werden muß, auch noch in den Gewerkschaften Kräfte zu erwecken. Darum Kampf dieser Trägheit, der Laune, der geistigen Untätigkeit, und Kampf ganz besonders dem Kräfte in manchem Mitgliede. Unsere Gewerkschaft ist aufgebaut auf dem Grundsatze wahrer Solidarität, echter Nächstenliebe und Interessengemeinschaft. Haben wir es verstanden, großzügigeres Denken, selbstloser Hingabe in jedem einzelnen Kollegen und jeder einzelnen Kollegin zu entfachen, dann wird die Klage über schlechten Besuch der Versammlungen verpuffen sein.

Soll letzteres erreicht werden, dann ist es notwendig, daß die Mitgliedsversammlungen auch inhaltlich gestaltet werden. Mitgliedsversammlungen, in denen, nach Verlesung des Protokolls die Sachverhalte einer „geündlichen“ Kritik unterzogen und darauf der Vorliegende ein Schlußwort sprach, können der Hebung des Verbandes nicht dienen. Aus jeder Versammlung soll der Kollege mit neuen Gedanken und neuen Anregungen nach Hause gehen. Versammlungen werden abgehalten, um den Vorstand der Kollegen in Bezug zu bringen, um ihren Gesichtskreis zu erweitern und das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Solidarität zu beleben. Darnach muß jede Mitgliedsversammlung eingerichtet sein. Darum ist neben sonstigen wichtigen Punkten, wenn eben möglich, ein kurzer Vortrag auf die Tagesordnung zu legen. Die Vorstandsmitglieder dürfen aber nicht in dem Glauben leben, daß stets ein Fremder, ein freigelegter Beamte referieren muß. Allerdings muß zur Abwechslung auch hin und wieder mal ein auswärtiger Referent genommen werden. Zu benachbarten Ortsgruppen oder in den Agitationskomitees sind genügend Kollegen, die gerne bereit sind, in einer fremden Ortsgruppe einen Vortrag zu halten. Aber auch aus den eigenen Ortsgruppen sollten Kollegen sich zur Uebernahme von Referaten bereit halten. Das kostet der Ortskasse keine besonderen Ausgaben und wirkt anregend und ganz besonders auch anspornend auf die Mitglieder. Wenn Mitglieder aus dem Arbeitsverhältnis befreit werden müssen, dann soll das stets in dem Rahmen einer ersten sachlichen Kritik geschehen. Man

hüte sich vor einer übertriebenen, öden Schimpferei, das wirkt abstoßend und sehr wenig erzieherisch. Die Kollegen sollten sich aber auch nicht scheuen, in ihrer Art ihre Meinung zur Sache zu äußern.

Für eine Diskussion in der Versammlung sollte überhaupt jedesmal gesorgt werden. Das belebt die Verhandlungen ungemein. Manchmal werden gerade in der Diskussion besonders wichtige Gesichtspunkte vorgetragen, die eine wertvolle Ergänzung zum Vortrag bilden. Die Kollegen oder Kolleginnen sollen deshalb ihre im täglichen Leben gemachten praktischen Erfahrungen in der Diskussion äußern, sie erweisen dadurch unserer Sache einen großen Dienst. Wenn das nicht gleich in wohlgeleiteter Rede geschehen kann, so nimmt das keiner krumm. Die Anwesenden sind doch alle zur gemeinsamen Aussprache und Belehrung zusammen gekommen. Ein drastischer Ausdruck sagt: „Jeder spricht, wie ihm der Schnabel gewachsen ist.“ Die Verfeinerung in Form und Ausdruck der Rede kommt mit der häufigen Übung.

Wo keine Diskussionsredner freiwillig sich melden, sollte der Ortsgruppenvorstand welche erziehen. In einer Ortsgruppe im Münsterlande wird das folgendermaßen gemacht: Der Vorstand beruft 8—14 Tagen vor dem Stattfinden der Mitgliedsversammlung eine gemeinsame Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung ein. In dieser Sitzung wird die Tagesordnung für die Versammlung festgesetzt und gleichzeitig eine Diskussion über die einzelnen Punkte eröffnet, um so die Meinungen der Vertrauensmänner zu hören und sie gleichzeitig zum Sprechen anzuregen. In dem kleinen Kreise ist der Kollege bekanntlich viel eher geneigt, seine Meinung zu sagen. Die Vertrauensmänner sprechen dann aber später auch auf den Mitgliedsversammlungen und machen dadurch die Verhandlungen interessanter. In dem Jahresberichte dieser Ortsgruppe heißt es: „Die Versammlungen waren durchweg gut besucht. Auch hatten wir stets eine anregende Diskussion.“ Wir möchten den anderen Ortsgruppen dieses zur Nachahmung dringend empfehlen.

Vielmehr ist an dem schlechten Versammlungsbesuch der Umstand schuld, daß im Versammlungs-Abhalten des Guten zu viel getan wird. Wenn sich Versammlungen auf Versammlungen häufen, dann bemächtigt sich der Kollegen eine Versammlungsmüdigkeit. Man konnte diese Beobachtung besonders kurz nach der Reichstagswahl machen, wo die Versammlungen durchweg schlecht besucht waren. Während der Wahlkampagne waren die Arbeiter von Versammlungen „gejagt“ worden. Das Interesse war wegen allzu großer Ueberspannung verfliegen. Also auch hierin weise Mäßigung. Eine noch schädlichere Einwirkung auf den Besuch hat eine Pflanzzeit im Abhalten von Versammlungen. Wenn Versammlungen zu den „Seltenheiten“ gehören, dann bleibt es gar nicht aus, daß das Interesse einfließt und nicht nur die Kollegen nicht mehr zu den Versammlungen kommen, sondern es mit der Ortsgruppe überhaupt „bergab“ geht. Unser Statut sieht vor, daß mindestens alle vier Jahre die Mitglieder zu einer Versammlung zusammenzurufen sind. Für jüngere Ortsgruppen ist es eine dringende Notwendigkeit, öfter Versammlungen abzuhalten, für ältere aber ist es dringend zu wünschen.

Ueberhaupt ist der Besuch der Versammlungen viel davon abhängig, wieder Ortsgruppenvorstand zu arbeiten versteht. Wenn ein Vorstand meint, daß nur Lohnbewegungen zu seiner Tätigkeit gehören, dann darf er sich nicht wundern, wenn nicht der richtige Geist unter den Mitgliedern herrscht. Das Gebiet der gewerkschaftlichen Betätigung ist so groß, daß die Mitglieder auch wohl mit anderen als nur mit Lohnfragen in „Bewegung“ zu halten sind. Das soeben vom Gesamtverband herausgegebene Schriftchen „Aufgaben und Forderungen der christlichen Gewerkschaften im öffentlichen und sozialen Leben“ bietet eine Fülle von Anregungen in dieser Beziehung. Wir können es auch aus dem Grunde noch besonders empfehlen, weil darin gleichzeitig die Broschüren angegeben sind, die über die einzelnen Fragen Material enthalten. Besonders ist den leitenden Kollegen ein Studium des Schriftchens zu empfehlen.

Dann sind auch noch andere Umstände auf den Besuch der Versammlung von Einfluß. Zum Beispiel das Tagungslokal, obwohl ein interessanter Kollege sich aus kleinsten Gründen nicht abhalten lassen wird, in den Versammlungen bei der gemeinsamen Besprechung von Standesfragen mitzuraten. Ferner die Tagungszeit. Man gewöhne sich daran, die Versammlungen zur festgesetzten Zeit zu beginnen, und ziehe dieselben nicht über Gebühr in die Länge. Daß für eine genügende Vorbereitung gesorgt werden muß, braucht nicht gesagt zu werden.

Notwendig ist es, daß der Vorstand früh genug eine Tagesordnung festsetzt, auf die, wenn eben möglich, ein aktuelles Thema gesetzt werden muß. Eine Zusammenkunft des Vorstandes einige Tage vor Stattfinden der Versammlung ist darum unbedingt notwendig. Leider wird in dieser Beziehung manches verfaunt. Es kommt vor, daß einige Minuten vor Beginn der Versammlung noch „Berater“ werden muß, welche Punkte verhandelt werden sollen. In vielen Fällen muß dann der anwesende Referent eine „Tagesordnung“ zusammenstellen. Daß eine solche Praxis nicht die Ver-

sammlungen heben und günstig auf den Besuch einwirken kann, ist selbstverständlich.

Allerdings soll nicht verkannt werden, daß viele Ortsgruppenvorstände sich die menschenmögliche Mühe geben, den schlechten Versammlungsbesuch abzustellen, vielfach vergebens. Die Interessenlosigkeit und Gleichgültigkeit vieler Mitglieder machen alle Arbeiten zu Schanden. Dieser Feind in den eigenen Reihen schädigt manchmal viel mehr als das große Heer der Unorganisierten. Darum muß ihm unser Kampf gelten. Auf diesem Gebiete liegt gerade eine bedeutende Arbeit der Vertrauensmänner. Sie sind am ehesten in der Lage, durch unermüdete Pionierarbeit das ganze Verbandsleben anregender, gewedter und fruchtbringender zu gestalten. Ein Vertrauensmann, der die Wichtigkeit seines Postens erfaßt hat, der nicht allein Zeitungsträger, sondern Geistesträger ist, leitet eine wahrhaft große Kulturarbeit. Er kann die Mitglieder mit echt gewerkschaftlichem Geiste befeuern, er kann die Ortsgruppe hochbringen und hochhalten und so an der Hebung des Arbeiterstandes besonders viel mitwirken. Darum ist es richtig, wenn gesagt wird: Die Vertrauensmänner sind die Säulen, auf dem der große Bau der Organisation ruht. Sie müssen mit Ausdauer auf die gewaltige Schöpfung der Arbeiterinteressen durch das Schwänzen der Versammlungen hinweisen.

Vorbildungsschulung für Mädchen.

Die neue Zeit mit ihren grundstürzenden Umwälzungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete stellt auch an die Erziehung und Ausbildung der schulentlassenen weiblichen Jugend ihre besonderen Anforderungen. In der „guten alten Zeit“ war das anders. Die hauswirtschaftlichen Kenntnisse, deren das heranwachsende Mädchen für ihren Beruf als Gattin, Hausfrau und Mutter später bedurfte, lernte es im Kreise der häuslichkeit, am Herde der Mutter oder einer anderen Hausfrau. Die Lebens- und Kulturbedürfnisse waren verhältnismäßig einfacher, so daß zu deren Befriedigung im Haushalt die häusliche Lehrzeit ausreichte. Vom Herd führte der Weg in der Regel direkt in die Ehe, und wo dies nicht der Fall war, blieb das Mädchen doch im Hause, um hier ihre Beschäftigung, ihre Unterkunft und ihren Unterhalt auch für die Zukunft zu finden.

Das alles ist heute anders geworden. Das Erwerbsleben hat in ungeahnter Nähe auch die Mädchen- und Frauenwelt erfaßt. Hunderttausende sind in gewerblichen Berufen tätig. Tausende im kaufmännischen Berufe, als Beamten, in wissenschaftlichen und sozialen Berufen. Das Bedürfnis der gewerblichen Entwicklung an Arbeitskräften hat zum Teil dieses Hineinziehen der Mädchen- und Frauenwelt in den Strudel des Erwerbslebens notwendig gemacht. Vor allem aber ist es auch zu erklären aus dem Umstande, daß das Mädchen von heute nicht mehr wie ehemals mit einer gewissen Sicherheit auf die Ehe oder die häusliche Versorgung rechnen kann, sondern damit sich abfinden muß, daß es eventuell dauernd, fürs ganze Leben auf den Erwerb gebrängt wird bezw. im Falle des Todes des Gatten auf einen Erwerb angewiesen sein kann. Aus dieser Situation ergibt sich der Doppelcharakter der weiblichen Ausbildung. Einmal muß eine solche eine hauswirtschaftlich sein, entsprechend dem eventl. Beruf des Mädchens als spätere Gattin, Hausfrau und Mutter; sodann muß sie eine erwerbsberufliche sein für den Fall, daß das Mädchen nicht in den genannten natürlichsten Beruf gelangt, sondern durch die Lebensverhältnisse auf die Ausübung eines gewerblichen Berufes angewiesen wird. Aber auch in diesem Falle wird ihr eine hauswirtschaftliche Ausbildung förderlich sein, materiell, weil sie dadurch angehalten wird, ihr Einkommen in wirtschaftlicher Weise anzuzuwenden, ideell, weil durch sie auch die unverheiratete Frau manche Pflichten ausüben lernt, die sonst ihrem natürlichen Beruf nahestehen, und deren Betätigung zu ihrer innern Befriedigung beiträgt. Allgemein muß daher die hauswirtschaftliche Ausbildung sein.

Als diejenige Anstalt nun, der in Zukunft die Aufgabe zufallen muß, der weiblichen schulentlassenen Jugend diese doppelte Berufsbildung zu geben, nennt Elisabeth Stoffels in ihrer soeben erschienenen Schrift: „Bildungsfragen für das weibliche Geschlecht (M.-Blatt) 1908. Volkswirtschafts-Verlag, 56 S. M. 0,60, portofrei M. 0,65) die obligatorische Mädchen-Vorbildungsschule, bezüglich deren sie eine Reihe von Richtlinien zeichnet. Nach ihr muß die Aufgabe derselben darin bestehen, den jungen Mädchen in systematischem Lehrgange wirkliche Allgemein- und Berufsbildung zu bieten und ihren Charakter zu bilden, damit sie zu ganzen weiblichen Persönlichkeiten heranreifen.“ Dazu bedarf die Mädchen-Vorbildungsschule in erster Linie des Pflichtbewußtseins. Mit Recht verweist Fr. Stoffels nach dieser Richtung hin auf die Erfahrungen, die man mit dem Obligatorium der männlichen Vorbildungsschule gemacht hat; einmal nach der Seite der Zweckmäßigkeit, so fern für den Fall, daß der Pflichtbesuch nicht bestraft, gerade diejenigen Elemente, die der sittlichen Beeinflussung und wirtschaftlichen Erziehung am meisten bedürfen, der Schule fernzubleiben pflegen, zweitens nach der Seite der Möglichkeit, so fern sich Arbeitgeber und Herrschaften mit dem Obligatorium der männlichen Vorbildungsschule recht wohl abgefunden

haben, und demgemäß ein gleiches bezüglich der weiblichen zu erwarten sein dürfte. Die Fächer, welche auf Vermittlung allgemein weiblicher Bildung hinzielen, müßten für alle verbindlich sein, und zwar: Religion, Deutsch, Lektüre, Briefstil, Erziehungs- und Gelezeskunde, soweit sie für den Hausgebrauch notwendig sind, Rechnen mit hauswirtschaftlicher Durchführung, Haushaltungskunde mit praktischen Kursen im Kochen, Waschen, Bügeln, Gesundheitslehre, Kinderbeschäftigung und Kinderpflege; dazu eventuell weibliche Handarbeiten, Stricken, Stopfen, Wäschezuschnitten, Maschinennähen. Dagegen sollte die Teilnahme an denjenigen Fächern, die die erwerbsberufliche Weiterbildung, gewerbliche oder kaufmännische, verfolgten, den Schülerinnen freigestellt sein.

Die weiteren Vorschläge betreffen mehr die technische Einrichtung der obligatorischen weiblichen Vorbildungsschule. Die Dauer der Schulspflicht soll die Zeit vom 14.—17. Lebensjahr umfassen. Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden soll beschränkt sein, etwa 6; es dürfen nur 2—3 Nachmittage mit 2—3 Stunden belegt werden, damit die Mädchen ungehindert ihrem Beruf und ihrer Berufsarbeit nachgehen können. Städtische und ländliche Verhältnisse, lokale wirtschaftliche und soziale Bedürfnisse müssen bei Einrichtung und Ausgestaltung der Schulen berücksichtigt werden. Speziell auf dem Lande soll die Mädchenfortbildungsschule planmäßig anzuweisen für das verantwortliche Warten in Küche und Keller, Haus und Hof. Zu den allgemeinen Fächern hätte hinzuzutreten die Unterweisung im Gartenbau, Milchwirtschaft, Vieh- und Geflügelzucht. Der Unterricht an der weiblichen Fortbildungsschule habe durch eigens für denselben vorgebildete Lehrerinnen zu erfolgen, die über eine hinreichende wirtschaftlich-praktische wie pädagogisch-wissenschaftliche Ausbildung verfügen.

In dieser obligatorischen Fortbildungsschule der Zukunft müßte die Ausübung des Mädchens für die Aufgaben seines natürlichen Berufes der Angelpunkt bleiben. Sie habe nur das bescheidene Maß von Ausbildung für den Hausgebrauch und für die notwendige Ausrüstung zu ihrer Erwerbstätigkeit zu bieten, indes die Spezialbildung, die in dem Betreiben der einzelnen Kette, den Fachschulen überlassen bleiben müßte. Die Sorge für die Einrichtung der obligatorischen Mädchenfortbildungsschule — Lehrkräfte, Lehrmittel, Lehrräume — müßte Sache der Gemeinden und des Staates sein, soweit letzterer gewisse Zuschüsse zu geben habe. Der kürzeste und sicherste Weg zur geseklichen Festlegung der allgemeinen weiblichen Fortbildungsschule ist der, den § 120 der G.-O. auf die gesamte weibliche Jugend auszudehnen, und somit den Gemeinden das Recht verleihe, alle schulentlassenen Mädchen, die nicht einen gültigen Ertrag aufweisen können, zum Besuch einer Fortbildungsschule durch Ortsstatut zu verpflichten.

Also die obligatorische weibliche Fortbildungsschule muß nicht allein im Interesse der schulentlassenen weiblichen Jugend, sondern der sozialen und sittlichen Hebung des gesamten Volkes das Ziel der Zukunft bleiben. Unsere Kolleginnen werden dieser Sache das notwendige Interesse entgegenbringen.

Es ergibt sich auch hier wiederum, wie notwendig für die Arbeiterin die gewerbliche Organisation ist, um durch den Einfluß der letzteren die öffentliche Meinung zugunsten einer Gesetzgebung in diesem Sinne zu beeinflussen. Vereinzelt wird die Arbeiterin gar nicht gehört!

„Gelbe“ Vorschläge in Krefeld.

Schon während und kurz nach der Ausperrung ließ es in Krefeld, daß die Seidenindustriellen sich mit der Absicht trügen, eine „gelbe“ Organisation zu gründen. Die Stimmung nach einem für die Arbeiter verloren gegangenen Kampfe ließ sich ja für solche Ideen am wirksamsten gefügig machen. Die von den Arbeitgebern für die Unorganisierten bereitwillig spendierten 30800.— Mark wüßten lediglich als Agitation für genannten Zweck gedient haben. Diese Meinung scheint nicht unrichtig gewesen zu sein, denn in Nummer 52 der „Krefelder Bürgerzeitung“ vom 5. Febr. er. tritt jemand, dem die „Schädigung des Arbeiter und der Industrie durch die Gewerkschaften“ das Herz blutend gemacht hat, mit Vorschlägen zur Gründung einer gelben Organisation auf den Plan. Der gute Herr hat sich die Sache recht schön gedacht, und wenn das Projekt seine Verwirklichung finden würde, dann wären die Vereine der getreuen Arbeitwilligen um eine neue „Spielart“ reicher.

Wenn aus bürgerlichen Kreisen sich Stimmen gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter erheben, so liegt dem nicht immer böse Absicht zugrunde. Man kann in diesen Gesellschaftlichen vielfach Ansichten über Arbeiterleben, Arbeiter- und besonders Gewerkschaftsbewegung hören, die eine geradezu haarsträubende Unkenntnis über diese Dinge verraten. Unkenntnis und Vorurteile sitzen vielfach zu weit über die modernen Gewerkschaften. Und das man gerade nach einem erbitterten Kampfe seine Weisheit unter die Arbeiter zu bringen verjucht, ist ganz erklärlich. Aber der Protektor der Gelben in der „Krefelder Bürgerzeitung“ darf anscheinend nicht zu denen gerechnet werden, die lediglich aus Unkennt-

mit ihrer „gutmeinenden Philisterweisheit“ der Arbeiterschaft dienen wollen, bei dem scheint eine besondere Absicht, eine tiefere Ursache die Gegnerschaft gegen die Gewerkschaften zu machen. Denn der Artikel wird in einer Art um die Gummis der Arbeiter, enthält so viel Angriffe und Gehässigkeiten gegen die Gewerkschaften und deren Führer, daß man mit Recht annehmen kann, daß hinter dem Schreiber die Seidenindustriellen Kreise stehen, daß sie dem Schreiber und seinem Geschreibsel mindestens sehr nahe stehen. Die Arbeiterschaft müßte nicht wissen, daß die Arbeitgeber zur Propagierung der „gelben“ Idee aus taktischen Gründen sich besonders gerne vor geschobener Personen bedienen. Diese Strohmänner hüllen sich in den Mantel der Arbeiterfreundlichkeit, um die Interessen der Unternehmer zu wahren.

Sehen wir, wie der Krefelder sein Pensum erledigt. Er bespricht in seinem Artikel eingangs den Ausgang des Kampfes und die Nachteile, die er für die Arbeiter und die Unternehmer gehabt hat und fährt dann fort:

„Wen trifft die Schuld an alle dem? Diese Frage beschäftigt nicht allein die Weber und Textilarbeiter, sondern auch viele andere Bürger unserer Stadt und darüber hinaus. Ueberall hört man die übereinstimmende Meinung, daß die Zeit zu einem Streit die denkbar ungünstigste gewesen sei. Wer den Anlaß hierzu gegeben hat, hat eine nicht zu rechtfertigende Verantwortlichkeit auf sich geladen. Wer zählt den schwer Betroffenen den erlittenen Schaden? Keiner von den Gewerkschaftsleitern wird dazu ein Wort reden. Nicht allein die Arbeiter sind in schwerer Weise geschädigt, sondern auch die Gewerbetreibenden sind während der Hauptjahre aufs schlimmste in Mitleidenhaft gezogen worden; ferner ist der Krefelder Seidenindustrie ein folgenreicher Stoß versetzt worden, dessen nicht zu unterschätzende Tragweite die Führer ebenfalls allein verurteilt haben, denn zweifellos wird die Krefelder Seidenindustrie zugrunde gehen und dem Auslande übergeben werden, wenn nicht einem derartigen Handeln der Führer Einhalt getan wird. Um hierin bahnbrechend tätig zu sein, ist es unbedingt nötig, daß Arbeitgeber und Arbeiter sich zusammenschließen, um gemeinsam mit allen Kräften die seit Jahrhunderten bestehende Seidenindustrie unserer Stadt nicht allein zu erhalten, sondern auch zu kräftigen suchen, damit nicht über kurz oder lang das Ausland die Früchte unserer Saat erntet. Das gegenwärtige Vertrauen zwischen Fabrikant und Arbeiter muß wieder Platz greifen und grundbestimmend zur Bekämpfung der ausländischen Konkurrenz sein, nur dann kann von einem erfolgversprechenden Resultat die Rede sein. Lassen sich Fabrikanten sowie Arbeiter in diesem Vertrauen durch Dritte, welche nur Zwietracht säen wollen, nicht schwanken machen, vielmehr fest zusammenhalten, um in der Lage zu sein, der immer stärker werdenden ausländischen Konkurrenz mit aller Energie entgegenzutreten.“

Gegen Angriffe, wie sie hier erhoben werden, brauchen sich die Gewerkschaften nicht zu verteidigen. Daß die Unternehmer durch ihr rücksichtsloses Verhalten die Unzufriedenheit der Arbeiter zur Erleichterung gesteigert und dadurch den Kampf mit seinen traurigen Begleiterscheinungen mitverschuldet haben, darüber wird kein Wort gesprochen. Das charakterisiert den „Arbeiterfreund“ zur Genüge.

Die Gewerkschaftsführer sollen die Krefelder Industrie ruinieren. Welche Leute die Seidenindustrie Krefelds evtl. dem Auslande ausliefern, lehrt eine Fußschrift aus Krefeld in Nummer 7 der „Leipziger Monatschrift für Textilindustrie“ vom 19. Febr. cr., in der es heißt:

„In den Kreislagen für seidene Blumen- und Kleiderstoffe ist es jetzt für Mitte Februar viel zu still. Diese Stille ist nicht etwa mangelnder Nachfrage für Seidenwaren zuzuschreiben, sondern sie hat ganz andere Ursachen. Da ist zunächst der schon Monate andauernde Streit zwischen Großhändlern und Kleinhändlern der Seidenwarenbranche. In diesem Streite sind die sachlichen Auseinandersetzungen bereits in beiderseitige persönliche Angriffe ausgeartet. Statt sich darauf zu besinnen, daß doch beide Teile, Großisten und Detailisten, von Natur aufeinander angewiesen sind, wird mit den schärfsten Waffen am kleinsten Gelempfen gekämpft, während man das Ganze darüber vergißt. Wir wollen heute in einer der lebhaftesten Geschäftszentren des ganzen Jahres stehen. Man macht jetzt einen Rundgang in der Seidenindustrie: In den Seidenfabriken wird zum Teil tagelang gefeiert wegen mangelnder Beschäftigung; kommt man in die Seidenwarenbereitungen, so glaubt man sich in den Juli versetzt, also in die heißeste Zeit des ganzen Jahres. Die freudigen Leute scheinen darüber gar nicht nachzudenken, daß sie durch ihr Geiztun unserer ganzen Seidenindustrie enorm schaden. Die Jahreshaltsjahre ist für die Fabrik so gut wie verbrochen. Viele Fabriken haben noch Vorräte von 65—70 Mark abzunehmen, während sie dieselben Seidenstoffe heute zu 50 Mark und darunter kaufen können! Kontrakte mit den enorm hohen Preisen laufen noch bis Mai; man kann sich ein Bild von den Verlusten der Fabrikanten machen, denn wer heute wirklich Seidenstoffe kauft, der will Preise haben, die auf den billigen Notierungen der Stoffe basieren. Dabei sind wir anscheinend noch nicht am Ende der Abscheulichkeiten. Jede Woche fallen die Preise noch um einige Mark. Von einem Halt ist nichts zu hören, weil die Spekulanten gegenwärtig um jeden Preis loszuschlagen.“

Es sind also nach den eigenen Gesandnissen der Arbeiter ganz andere Leute, welche die Krefelder Industrie ruinieren.

Was der „Arbeiterfreund“ weiter noch gegen die Gewerkschaften vorbringt, ist lauter launiges Zeug, so daß sich ein Eingehen darauf gar nicht lohnt. Weist von Interesse ist das System, das derselbe für die „gelbe“ Organisation vorschlägt. Es hat unbestreitbar den Vorzug, ganz neu zu sein. Er schreibt: „Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo ein neues Durchgreifendes zum Wohle des gesamten Weber- und Textilarbeiterstandes, sowie der Textilindustrie überhaupt ins Werk gesetzt werden muß. Wie ist dieses anzugehen? Jeder Arbeiter oder jede Arbeiterin muß an die Gewerkschaftskasse pro Jahr 20—30 Mark und noch mehr zahlen. Das

sind bei 18—20000 Arbeitern ca. eine halbe Million Mark. Nun weise ich darauf hin, daß es doch bedeutend vorteilhafter für die Arbeiter wäre, wenn dieses Geld irgend anders wo als bisher, wo ca. 50—60 Prozent Verwaltungsstellen in Abzug gebracht werden, angelegt würde. Ich denke mir dieses folgendermaßen: In jeder Fabrik und an allen Arbeitsstellen wird Samstags oder Montags ein wöchentlich Beitrag an einen oder zwei Kollegen abgegeben; diese müssen unmittelbar darauf die eingenommenen Gelder an eine Hauptkasse (Kassendirektor) gegen Quittung abliefern. Ein zu wählender Ausschuss übt Kontrolle über das Ganze aus. Selbstverständlich müssen diese Stellen mit Ausnahme der Kassendirektoren ehrenamtlich verwaltet werden. Man kann wohl annehmen, daß unser Herr Oberbürgermeister und Herr Dr. Vertram (Beigeordneter der Stadt Krefeld, D. R.) dieses Unternehmen unterstützen und auch für eine ständige Kontrolle sorgen werden. Das Bestreben dieser beiden Herren, die soziale Lage der Arbeiter zu verbessern, ist bekannt. Die Arbeiter würden auf diese Art ein großes Vermögen ansammeln, welches nur zu ihrem eigenen Nutzen diene. Die Fabrikanten und andere Unternehmer würden sich vielleicht noch proportional an solchen angelegten Kassen beteiligen, sie brauchen darin nicht eine Kampf- oder Kriegskasse zu erblicken. Dadurch würde eine Grundlage zu einem guten Einvernehmen gelegt. — Wozu soll das Geld nun angelegt werden?

1. Die Kasse soll den Zweck haben, zuerst ein ansehnliches Kapital zu sammeln als alleiniges Eigentum der Arbeiter.
2. Sollen die Zinsen nach dem ersten Jahre oder nach Schluß des zweiten Jahres jedem Arbeiter nach Höhe des Beitrags auszuschütten werden.
3. Soll die Kasse nach Eintritt schlechter Konjunktur die Arbeiter unterstützen, je nach der Höhe ihrer Beiträge.
4. Kann die Kasse verwertet werden zum Erwerb und Bau geheimer und billiger Arbeiterhäuser, mit Hilfe der städtischen Verwaltung.
5. Jedes Mitglied kann nach dem zweiten Jahre im Herbst oder Winter bis zur Hälfte seines Guthabens erhalten, sofern er das Geld in seinem Haushalt benötigt.
6. Im Sterbefalle eines Mitgliedes ist den Hinterbliebenen auf ihren Wunsch das den Verstorbenen zustehende Guthaben zinslos auszusuchen. Die Zinsen dieses Guthabens verbleiben der Kasse.
7. Verläßt ein Arbeiter die Stadt, um in einer andern Stadt sich niederzulassen, ist ihm sein Guthaben zinslos auszuschütten.
8. Jedes Mitglied, Arbeiter sowie Arbeiterin, verpflichtet sich, solange es in einem Arbeitsverhältnis hier am Platze steht, der Kasse 5—10 Jahre anzugehören.
9. Die von einer Versammlung zu entwerfenden Statuten sind für jedes Mitglied bindend. Ueber die Einhaltung und richtige Handhabung derselben wachen außer dem gewählten Vorstand, Ausschuss und u. s. w. auch die städtischen Behörden.

Die Arbeitgeber müßten dann auch bei etwa guter Geschäftskonjunktur die Löhne erhöhen, je nach Stand der Preise; denn soll ihre schöne Industrie hochgehalten werden, dann müssen sie auch Sorge tragen für einen guten, kräftigen und gesunden Arbeiterstand und in jeder Weise die gerechten Anforderungen der Arbeiter unterstützen. Treuen sie mit ein in den Hauptvorstand obiger Einrichtung, damit sie mit den Arbeitern zusammen beraten können, dann werden sie in ihren Arbeiter warmen, teilnehmenden Freunde sehen, welche ihr Vertrauen zu wärtigen wissen werden. Das wäre also das neueste auf dem Gebiete der „gelben“ Organisationen: ein Arbeitswilligen-Verein unter städtischer Kontrolle und zum Teil städtischer Verwaltung. Der Plan wird aber wohl ein lieber Wunsch jedes Endes sein, denn in Krefeld ist kein Boden für die Sumpfpflanze „gelbe“ Gewerkschaft. Die Krefelder Arbeiter haben noch Selbstachtung, Standsbewußtsein, Mut und Willensstärke für die Not ihrer Standsbrüder genug, um Opfer zu bringen für die Befreiung und Hebung ihres Standes. Sie lassen sich auch nicht durch Mißerfolge von ihren Bestrebungen abhalten. Sie haben schon jetzt unter ihre Rechte geschrieben unter den schwierigsten Verhältnissen und werden nicht ihre Selbstständigkeit und Freiheit für die erbärmlichen Almosen eines „gelben“ Organisation preisgeben.

Die städtischen Dummheiten leisten den Protektoren der „Gelben“ in der Bekämpfung der modernen Gewerkschaften rechtliche Hilfe, indem sie im Krefelder Industriegebiet mit der unwarren Behauptung haupieren gehen, der christliche Textilarbeiterverband verbräuge 60 Prozent der Einnahmen an Verwaltungsstellen. Diese unanständige Agitationsmethode der Dingen beweist ihren völligen moralischen Verfall. Sie genieren sich nicht, ihr Material zur Bekämpfung gegenwärtiger Organisationen der „Gelben“, den Gegnern jeder selbständigen Arbeiterbewegung zu entnehmen. Daß eine Gewerkschaft unmöglich 50—60 Prozent an Verwaltungsstellen verbräuchen kann, sollten die Städtischen auch wissen. Oder sollten sie die Möglichkeit doch zugeben müssen, weil in ihren Gewerkschaften die Verwaltung einen erheblichen Prozentsatz an Einnahmen verschlingt? Der christliche Textilarbeiterverband veranschlagt an Verwaltungsstellen 12,3 Prozent der Einnahmen, davon 1,1 Prozent für die Zentralverwaltung. Wie hoch diese Ziffer bei den „Städtischen“ ist, wissen wir nicht.

Die Nachteile der Erhaltung von Invalidenbeiträgen auf Grund der Verheiratung.

Fast täglich finden sich auf den Invalidenbüros der untern Verwaltungsbehörden Ehefrauen ein und beantragen gemäß § 42 des Invalidenversicherungsgesetzes auf Grund ihrer Verheiratung die Erstattung der halben Beiträge. Demgemäß des Gesetz eine solche Anwartschaft unter der Bedingung gewährt, daß die Beiträge für mindestens 20 Wochen vor Eingehung der Ehe bereits entrichtet sind, in folge von diesem Rechte doch nur in dringenden Notfällen Gebrauch gemacht werden. Vornehmlich sollte unsere Arbeiterbewegung, zumal außer dem Namen auch die Frau bis lang vor der Verheiratung dem Verbandsrat in der Stadt nachzugehen pflegt, die Beitragsverpflichtung nur ausnahmsweise in Antrag bringen. Insbesondere müßte die so beliebte Ver-

wendung der Beiträge zur Beschaffung von Aussteuerfächern unterbleiben. Die Summe ist doch in der Regel zu klein, als daß sie hierbei bedeutend helfen könnte.

Statt dessen fordern aber fast sämtliche Ehefrauen die halben Beiträge zurück, obwohl eine jede von seiten der untern Verwaltungsbehörde auf die bedenklichen Folgen ihres Schrittes aufmerksam gemacht wird. Nur wenige zeigen sich der Befehring zugänglich. Die meisten weisen auf ihre Bekannten hin, die es sämtlich ebenso gemacht haben. Aber gerade der Umstand, daß es allgemein so gemacht zu werden pflegt, daß es schon zur Mode geworden ist, erfordert die eingehendste Aufklärung der Allgemeinheit über die Bedenken eines solchen Brauches. Abgesehen davon, daß nur die Hälfte der Beiträge zurückgezahlt wird, verlieren die keiner Lohnarbeit mehr nachgehenden Ehefrauen die Aussicht auf lebenslängliche Invalidenrente im Falle dauernder Erwerbsunfähigkeit und auf Altersrente, ferner den Anspruch auf Krankenrente, der bei länger als 26 wöchiger Erwerbsunfähigkeit eintreten würde. Schließlich verzichten sie auch auf die so wichtige Krankenfürsorge, welche in Form von Krankenhausbehandlung, Bade- und Heilanstalten gewährt wird. Gerade die Lungenerkrankten sind für die den Lungenerkrankten ausgehenden Textilarbeiter eine Quelle unerschöpflichen Segens geworden.

Für die weitere Lohnarbeit noch nachgehenden Ehefrauen aber ergeben sich drohende Nachteile deutlich aus folgenden, der Praxis der hiesigen Landesversicherungsanstalt entnommenen Fällen:

Die 1876 geborene Ehefrau Anna St. aus Hamburg heiratete 1903 und ließ sich aus diesem Anlaß 40 Mk. Invalidenbeiträge erstatten. 1907 erkrankte sie an einem schweren Lungenleiden und beantragte bei der Landesversicherungsanstalt der Hanfsäbde Aufnahme in eine Lungenheilstätte. Ihr Antrag wurde abgewiesen, weil seit 1903 noch nicht genug Beiträge zur Invalidenversicherung entrichtet waren, die erkrankten Ehefrau aber nicht mehr zählten.

Frau Minna Th. aus Lübeck, geboren 1884, heiratete 1906 und ließ sich ihre Invalidenbeiträge in Höhe von 28 Mk. erstatten; 1907 erkrankte sie an den Folgen der Schwangerschaft und hat die Landesversicherungsanstalt der Hanfsäbde um Uebernahme der Heilbehandlungskosten. Ihre Bitte mußte in Ermangelung von Beiträgen zur Invalidenversicherung — die erkrankten Beiträge zählten nicht — unberücksichtigt bleiben.

Frau Marie Br. aus Bremen, geboren 1855, heiratete 1900 und ließ sich ihre bis dahin geleisteten Beiträge mit 47 Mark erstatten. Nach der Verheiratung arbeitete sie weiter und wurde 1906 Invaliden. Ihr Antrag auf Invalidenrente mußte abgelehnt werden, weil nach der Erstattung erst wieder 134 Beitragsmarken in ihren Quittungskarten verwendet waren. Sollte sie sich die Beiträge nicht erstatten lassen, so wäre ihr eine Invalidenrente von jährlich etwa 120 Mark sicher gewesen.

Hieraus folgt, daß es sehr bedenklich ist, sich durch Erstattung eines geringen Beitrags zahlreicher Wohltaten, auf die man selten gelegentlich Anspruch hat, herabzulassen, um später im Notfall vielleicht auf fremde Wohltätigkeit und öffentliche Armenunterstützung angewiesen zu sein.

Insbesondere sollen die keiner Lohnarbeit mehr nachgehenden Ehefrauen bedenken, daß sie durch freiwillige Weiterverwendung von nur 20 Marken einer beständigen Lohnklasse für den Zeitraum von jedesmal zwei Jahren sich ihre wichtigsten Rechte aus der Versicherung erhalten können.

Häufig stellen Ehefrauen den Erstattungsanspruch, obwohl noch keine 200 Wochenbeiträge entrichtet sind. Die Erstattung ist in diesem Falle natürlich ausgeschlossen, da noch gar kein Rentenanspruch besteht. Entschließen sich solche Ehefrauen zur Weiterverwendung, so müssen sie außer den erwähnten 20 Marken nebenbei die an den 200 Wochenbeiträgen noch fehlenden Marken verwenden und zwar möglichst schnell, um zunächst einmal überhaupt den Rentenanspruch sich beschaffen zu erwerben. In derartigen Fällen ist eine möglichst frühe Markenverwendung anzuraten, bis daß erst die 200 Wochenbeiträge voll geleistet sind.

Da bei Minderjährigen die Mitwirkung des gesetzlichen Vertreters zur Stellung des Erstattungsantrages erforderlich ist, so mögen vor allem die Vormünder es sich angelegen sein lassen, die Interessen ihrer weiblichen Minderjährigen dadurch zu wahren, daß sie ihrer Zustimmung zu dem unklugen Schritte der minderjährigen Ehefrau tunclichst verjagen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreiheiten.

Warendorf. Mit einer Lohnreduzierung von nur 25 Prozent will die Firma Brinkhaus ihre Arbeiter „beglücken“. Im vorigen Jahre war für diese ein Akkordtarif eingeführt worden mit dem Bemerkten, es würde die Firma freuen, wenn die Arbeiter bei diesem Tarif 3 Mark pro Tag verdienen würden. 3 Mark wurden nun zwar nicht verdient, jedoch kamen durch intensives Arbeiten wohl Löhne von 2,50 Mark bis 2,75 Mark heraus. Dieses war aber jetzt zu viel, und ohne mit dem Arbeiterausschuß noch mit den Arbeiterinnen Rücksprache zu nehmen, wurde am 20. Febr. für die Arbeiterinnen ein neuer Tarif mit Gültigkeit vom 6. März an angehängt, der eine 25-prozentige Reduzierung vorzieht. Der Arbeiterausschuß wird auch jetzt noch nicht vorgelassen, um über den neuen Tarif zu verhandeln. Den Arbeiterinnen wurde von Herrn Brinkhaus erklärt, beim bisherigen Tarif verdienten sie zu viel. Wenn sie fleißig wären, könnten sie beim neuen Tarif noch 2 Mark verdienen. Das wäre ein guter und auskömmlicher Lohn. Dies wäre noch gar kein Abzug. Als einziger und allein deshalb, weil die Arbeiterinnen nach Lage der Verhältnisse gezwungen zu kommen, will die Firma die Reduzierung vornehmen. Da aber die gesamte Arbeiterschaft dieses als ein Unrecht ansieht, so haben sämtliche Arbeiterinnen am 6. März die Kündigung eingereicht. Hoffentlich steht nun die Firma bald ein, daß die „Küchen“ alten Verhältnisse vorher sind, wo man so einseitig nach Belieben reduzierte, wo und wie es nur ging. Sollte während der Kündigungsfrist keine Verhandlung kommen, dann werden entweder die Stände unangenehm verändert werden müssen, oder der Verband wird rasen. Andere Forderungen werden unangenehm nicht kommen, umsoweniger, als fast alle Textilarbeiter von Warendorf unsere Mitglieder sind.

Wir erwarten aber auch, daß von auswärts vorläufig niemand sich verleiten läßt, bei der Firma Brinkhaus in Arbeit zu treten.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Worms. Um auch den Kollegen unserer Ortsgruppe Gelegenheit zu geben, sich in allen gewerkschaftlichen Fragen, sowie auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung einige Kenntnisse zu verschaffen, haben wir mit dem 1. März eine Bibliothek eröffnet. Wenn sie auch nicht gleich umfangreich ist, so glauben wir doch, vorläufig den allermodernsten Anforderungen genügen zu können. Zum Bibliothekar ist Kollege Heinrich Küppers (Weber), Bergerstraße 36, bestimmt. Die Verleihbedingungen sind bei dem genannten Kollegen zu erfahren. Selbstverständlich stehen jedem Kollegen die Bücher unentgeltlich zur Verfügung. Die Bücher können an jedem ersten Sonntag im Monat, morgens von 11—12 Uhr, im Empfang genommen werden. Wir eruchen nun unsere Kollegen, von dieser Einrichtung recht fleißigen Gebrauch zu machen.

Gusderten. Ein Sonntag, der den Arbeitern gehörte, war im wahren Sinne des Wortes der 23. Febr. für unseren Ort. Am Nachmittage um 4 Uhr folgten wir einer Einladung des Arbeitervereins. Arbeitersekretär Holle aus Münster sprach über das Thema: „Die Entwicklung des Lohnarbeiterstandes und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation“. Nach Schluß dieses Vortrages versammelten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie auch eine große Anzahl Bürger in unserem Vereinslokale bei Laumann, um den Ausführungen des stellvertretenden Zentralvorsitzenden Sistenich zu lauschen. Leider überraschte es den so zahlreich erschienenen etwas unangenehm, als der Vorsitzende bekannt gab, der Redner des Abends habe leider dringender Verhältnisse halber nicht abkommen können. Jedenfalls werde aber der Kollege Klütgen aus Vachen, der, falls Sistenich verhindert sein sollte, das Referat zu der Versammlung übernehmen sollte, mit dem nächsten Zuge eintreffen. Glücklicherweise war auch unser Bezirksvorsitzender in der Versammlung anwesend, und erstellte der Vorsitzende diesem zu einem Vortrage das Wort. Nach kurzer Einleitung verbreitete sich derselbe zunächst über den neuen Gesetzentwurf betr. Arbeitskammern, der nach der heutigen Verfassung wenig Anklang finde. Weiterhin kam derselbe auf die zur Zeit herrschende Krise, ihre Entstehung und Schädigung für das ganze Wirtschaftsleben zu sprechen. Auch wurde von ihm durch einen Hauskassierat treffend nachgewiesen, wie schwer es dem Arbeiter bei der heutigen Teuerung falle, durchzukommen. Inzwischen war auch der Kollege Klütgen erschienen, der nach einer kurzen Pause das Wort ergriff und in einleitendem Vortrage zunächst den Idealismus der christlichen Gewerkschaften beleuchtete und sich weiterhin über die neuesten Ereignisse auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete verbreitete. Nach einem kräftigen Schlussworte schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Gusderten. Am 16. Febr. fand die Generalversammlung statt. Der Kassenbericht vom vierten Quartal 1907 wurde vom Vorsitzenden J. Breuer erstattet. Bei der Vorstandswahl gab der Vorsitzende bekannt, daß die Kollegen W. Schömer und G. Kremer infolge Ablaufs ihrer Periode ausscheiden. Ebenso, daß Kollege J. Klein sein Amt wegen Krankheit seiner Frau freiwillig niederlege. Aus der Vorstandswahl, welche per Affirmation vorgenommen wurde, gingen die Kollegen Schömer, Kremer und J. Friesdorf hervor. Kollege Friesdorf hielt dann einen schönen Vortrag über den freien Arbeitsvertrag und das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter. Es folgte eine rege Diskussion, an welcher sich verschiedene Kollegen beteiligten. Kollege Buxterbach vom christlichen Metallarbeiterverbande streifte die Gewerbegerichtsangelegenheit und gab ein getreues Bild von der Verhandlung dieser Sache in der Stadtratsitzung. Mit einigen Dankesworten an die Stadtmagistrate und einer Auforderung, tüchtig für unseren Verband zu agitieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Gronau. Unsere am 28. Febr. abgehaltene Versammlung war nur mäßig besucht. Nachdem drei Kassenrezeptionen gewählt waren, erstatteten die Vertrauensmänner Bericht über die Hausagitation. Darauf hielt Kollege Sparenberg einen Vortrag über die verschiedenen Vorurteile und falschen Ansichten, die man hierorts bei der Hausagitation zu hören bekommt, wie Zentrumsgerichtigkeit, der Verband nützt nichts, oder es lohnt zu viel usw. Dann wurde noch bekannt gemacht, daß im März eine öffentliche Versammlung mit freier Diskussion stattfinden soll. Unter Berücksichtigung wurden von mehreren Kollegen Klagen über schlechte Behandlung Minderjähriger seitens eines Untermeisters einer hiesigen Spinnerei vorgebracht und ein Einschreiten hiergegen gefordert. Kollege Sparenberg versprach, in dieser Sache die notwendigen Schritte einzuleiten. Nach einem kurzen Schlussworte des Kollegen Schreiber wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

Gronau. Unsere erste Generalversammlung hätte wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung besser besucht sein können. Als erster Punkt wurde die Abrechnung vom dritten und vierten Quartal 1907 verlesen. Zum zweiten Punkt, Vorstandswahl, wurden gewählt: als erster Vorsitzender Kollege Franz Ling, Stellvertreter Kollege Aug. Diefinghaus, zum Schriftführer Kollege Karl Scheuveling, Stellvertreter Kollegin Olga Rühr, zum Kassierer Kollege Heinrich Heuel, Stellvertreter Kollegin Maria Branschheid.

Am 9. Februar fand hier im Lokale Karl Kriegerstraße eine große öffentliche Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung statt, die ebenfalls sehr besucht war. Als Referent war Bezirksleiter Kollege J. Friesdorf erschienen, der über das Thema: „Warum schließen wir uns den christlichen Gewerkschaften an“, sprach. Nach dem Beschluß findet jetzt die Versammlung jeden vierten Sonntag im Monat statt. Als Versammlungsort ist der Saal des Herrn Karl Kriegerstraße, Gummerbach, Sehmstraße 17, bestimmt worden. Den Kollegen und Kolleginnen dieses zur Kenntnis, in der Hoffnung, daß die Versammlungen von jetzt ab auch regelmäßig und pünktlich besucht werden.

Schieffbahn. Zahlreich waren unsere Mitglieder zu unserer Versammlung am 8. Febr., welche gleichzeitig als Familienabend galt, erschienen. Nach Erstattung des Quartalsberichts widmete der Vorsitzende dem Kassierer einige Worte des Dankes. Alsdann erhielt Kollege Delat das Wort. Seine Rede gipfelte in drei Punkten: Disziplin für alle, die dem Verbande angehören, Schulung der jüngeren Kollegen.

Der Besuch der Unterrichtsreisen und Lesen des Fachorgans; den antwortenden Frauen rief er zu: „Schickt eure Männer stets in die Gewerkschaftsversammlung.“ Jetzt folgte der gemüthliche Teil, welcher unter Abhingen von gemeinschaftlichen Liedern, humoristischen Vorträgen bis gegen 12 Uhr die Anwesenden in guter Stimmung beieinander hielt. Ein Hoch auf das Blühen und Gedeihen unseres Zentralverbandes war der Schluß dieses Festes. Es folgte sodann noch eine kleine Verlosung, welche den Schluß des Abends bildete.

Vom 1. bis Sonntag, den 15. März hält unsere Sektion eine sehr wichtige Mitgliederversammlung ab. Dieselbe fängt punkt 5 1/2 Uhr an und findet beim Wirten Peter Börs (Wann) statt. Da sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, u. a. Wahl eines Sektionsleiters, möchten wir die Mitglieder bitten, zahlreich zu der Versammlung zu erscheinen.

Aus unserer Industrie.

Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften.

Wiesener Aktiengesellschaft für Spinnerei und Weberei. In der Generalversammlung dieser Gesellschaft wurde beschlossen, aus dem Reingewinn von 431 261 M. eine Dividende von zehn Prozent zu verteilen. Dem Reservefonds wurden 154 082 M. überwiesen, womit derselbe seine gesetzliche Höhe von zehn Prozent erreicht hat. Ueber die Aussichten des laufenden Jahres heißt es im Berichte des Vorstandes, daß, falls nicht außergewöhnliche unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, trotz des Rückganges der allgemeinen industriellen Konjunktur auch für 1908 ein befriedigendes Ergebnis zu erwarten sei.

Spinnerei Wertach in Augsburg. Die Bilanz dieser Gesellschaft weist für das abgelaufene Geschäftsjahr einschließl. 12 602 M. (20 889 M.) Vortrag einen Reingewinn von 194 213 M. (55 602 M.) aus. Der auf den 5. März einberufenden Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 12 Proz. (7 Proz.) vorgeschlagen. 1000 Mark sollen der Fabrikantentante, 8000 M. der Arbeiterunterstützungskasse, zuzüglich 80 000 M. dem Reserve- und Ertragsabgrenzungskonto zugewiesen und der Rest von 33 884 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Spinnerei Akt. Ges. vorm. Joh. Friedr. Klauer in M. Gladbach. Diese Gesellschaft hat in 1907 ein überraschend günstiges Jahresergebnis erzielt. Der Ausschicht hat vorgeschlagen, von dem im Jahre 1907 erzielten Gewinn von 317 567 M. (i. V. 34 291 M.) zu Abschreibungen 76 949 M. (i. V. 34 291 M.) zu verwenden und nach Berechnung der statutenmäßigen Tantieme 8 (0) Proz. Dividende an die Aktionäre zu verteilen. Auf neue Rechnung bleiben 12 500 M. vorgetragen. Der Reservefonds hat die gesetzliche Höhe bereits überschritten. Die Spinnerei hat den größten Teil ihrer Produktion zu löhrenden Preisen verkauft und ist dafür in Baumwolle eingebettet, so daß, falls keine besonderen Zwischenfälle eintreten, für 1908 ebenfalls ein gutes Ergebnis zu erwarten ist.

Die Aktien-Gesellschaft Emil Schmülder Spinnerei hatte im Geschäftsjahre 1907 einen Brutto-Uberertrag von 177 915,95 M. Nach Abschreibungen von 55 913,63 M. verbleibt ein Reingewinn von 122 002,42 M., für welchen folgende Verwendung vorgeschlagen wird: 5 Proz. zum gesetzlichen Reservefonds 6100,12 M., 7 1/2 Proz. Dividende auf acht Monate 60 000 M., vertragsmäßige Tantieme an Vorstand und Beamte 5292,67 M., Tantieme an den Ausschicht 4000 M., Ueberweisung an den Arbeiter-Unterstützungsfonds 3000 M., weitere Verwendung zum Reservefonds 40 000 M. und Vortrag auf neue Rechnung 3609,65 M. Das Wert ist mit Aufträgen entsprechend den größeren Teil der Jahreserzeugung für das Geschäftsjahr 1908 versehen und glaubt der Vorstand, trotz der in letzter Zeit vorhandenen Geschäftslücke ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht stellen zu können.

Aus der Krawattenstoffbranche.

Zwischen den Krawattenstoff- und den Krawattenfabrikanten herrscht ein erfreuliches Einverständnis, welches in der letzten gemeinsamen Sitzung beider Verbände zu Hannover, an welcher 72 von den 101 Mitgliedern teilnahmen, deutlich zutage trat. Beide Gruppen erklärten sich für den Fall eines Angriffs von außen her als solidarisch; außerdem beschloß der Verband der Krawattenhersteller, den Stofffabrikanten in Streitigkeiten das größtmögliche Entgegenkommen bei Verzögerungen in den Lieferungen zu erweisen. In derselben Sitzung wurden die Preisserien der Marktlage entsprechend abgeändert und die Metragen zugunsten der kleineren Fabrikanten herabgesetzt. Die aus dem Kreise der Krawattenfabrikanten beantragte Einführung von Zahlungs- und Lieferungsbedingungen für die Kundenschaft wurde von der Mehrheit mit der Motivierung abgelehnt, daß der Verband nur dazu geschaffen sei, die Interessen der Krawattenfabrikanten gegenüber ihren Lieferanten wahrzunehmen, nicht aber, um irgendwelche Maßnahmen gegen die Kundenschaft zu treffen. — 40 deutsche und 12 österreichische Seidenkrawattenstoffhersteller haben einen Kartellvertrag abgeschlossen, auf Grund dessen sie sich gegenseitig verpflichten, bei Ausfuhr in eines der beiden Länder die dort bestehenden Zahlungsbedingungen zu beachten.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Die Sonntagfeier der Gewerkschaftsbeamten. Der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ schreibt ein kath. Beamter der christlichen Gewerkschaften folgendes, welches wir auch unseren Kollegen zur Beherzigung empfehlen:
Wir fordern Sonntagstruhe — das Tagewort soll stille stehen. Der Sonntag sei der Tag der körperlichen und seelischen Ruhe und Kräftigung. Er sei ein „Tag des Herrn“. Der Christ erhebt seinen Geist zu Gott empor zum Danke und zur Bitte um neuen Segen und neue Kraft. Und die Stätte, wo er dies tut, ist das Gotteshaus, die Kirche. Und wenn es kein Gebot der Kirche gäbe, wir würden doch von einer Pflicht zum Besuche des heiligen Messopfers reden, denn nur so können wir uns den Sonntag denken. „Ein Sonntag ohne Messe, eine Woche ohne Segen“, sagt das Sprichwort. So empfinden wir es.

Doch: Warum schreibe ich solche Selbstverständlichkeiten? Will ich die Leser der „Westdeutschen“ auf Sonntagspflichten aufmerksam machen? Das nicht. Ich will nur von einer Erfahrung reden, die ich an mir selbst gemacht; von einem mißlichen Umstand, der mir manche Sonntagstimmung geraubt; ich meine die Sonntagmorgen-Versammlungen, die den Gewerkschaftsbeamten fortwährend in Gefahr bringen, ohne Anhörung auch nur einer Stillmesse den Sonntag und damit die Arbeitswoche beginnen zu müssen.

Auf den Samstagabend werden in der Regel Störungen und Versammlungen verlegt. Wenn ich die letzten Züge benutzen muß — und das kommt sehr häufig vor — dann komme ich nicht vor 2—2 1/2 Uhr in der Nacht nach Hause. So geht es meinen Kollegen auch. Und wenn man da gleich einschlafen könnte! Aber manche aufregende Sitzung gibt noch so viel zu denken, daß es weit später wird, bis man den Schlaf findet. Also 3 oder 3 1/2 Uhr morgens. Um 6 Uhr kann der Mann nicht wieder aufstehen. Und um 7 oder 7 1/2 Uhr muß er wieder zur Bahn, um — rechtzeitig zur Sonntagmorgen-Versammlung an Ort und Stelle zu sein. So kann er um seinen Sonntagsgottesdienst kommen, den ihm die peinlichste Ausübung seines sozialen Amtes doch nicht ersparen kann. So ging's mir letzthin. Nach der 11 Uhr-Versammlung ging's gleich wieder weiter nach einem andern Ort zu einer Konferenz und nachher wieder in eine Versammlung.

Auf dem Wege zur Konferenz mußte ich unterwegs umsteigen, konnte aber erst nach 2 Stunden wieder weiterfahren. Der Ort, wo die Konferenz stattfand, war auch noch eine Stunde entfernt, und ich machte mich auf, den Weg zu Fuß zurückzulegen. Es war gegen 2 Uhr nachmittags, als von allen Türmen der nächsten Kirchen die Glocken zum Nachmittagsgottesdienste einluden. Ich war bei meiner Wanderung in Gedanken versunken, was ich denn nun wieder alles meinen Kollegen erzählen sollte. Als die Glocken an mein Ohr klangen, wurde ich in meinen Gedanken aufgeschreckt und hielt einen Augenblick inne. Es war, als wenn die Glocken eine gewaltige Mahnung erhöhen, als wenn sie eindringlicher wie je an jonnitägliche Pflichten erinnern wollten. Ich habe lange darüber nachgedacht; mich gefreut darüber, daß mir die Glockengeläute was sagte und ich es verstand. Und da dachte ich bei mir und tröstete mich damit, daß auch für die Gewerkschaftsbeamten einmal die Zeit kommen würde, wo sie wenigstens den Sonntagvormittag frei haben werden, um ihren religiösen Verpflichtungen voll nachkommen zu können. Dort, wo Ortsgruppen bestehen, müßten diese mehr Rücksicht auf die Beamten ihrer Verbände nehmen und die Versammlungen in die Woche oder auf den Sonntagnachmittag verlegen, sofern es sich immer ermöglichen läßt. Bei Neugründungen wird eine Ausnahme gemacht werden müssen, aber die gibt es ja nicht jeden Sonntag. Mögen diese Zeilen nach dieser Richtung eine kleine Anregung geben.

Erste Ostdeutsche Gewerkschaftskonferenz.

Am Sonntag, den 15. März d. J. findet in Bromberg eine allgemeine Gewerkschaftskonferenz statt. Die Konferenz wird im „Schützenhaus“, Lohrnerstraße (Endstation der Straßenbahn), vormittags 11 Uhr beginnend, abgehalten. Tages-Ordnung:
1. Wie arbeiten wir mit den konfessionellen Arbeitervereinen Hand in Hand? Referent: Wehrs-Effen.
2. Die christlichen Gewerkschaften im öffentlichen Leben. Referent: Joh. Wiesbertz-M. Gladbach.
3. Wie betreiben wir die Agitation im Nordosten? Referent: Aug. Schönleß-Königsberg.
4. Verschiedenes.

Zu dieser Konferenz können alle Zahlstellen und Ortspartelle Delegierte entsenden. Die Konferenz gilt für die Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen. Der östliche Teil von Brandenburg und Pommern scheiden wegen zu großer Entfernung aus. Die Delegierten sind umgehend zu wählen und den Bezirkssekretären oder dem Unterzeichneten zu melden. Die Kosten tragen die Lokalfakten.
F. W. F. Schoppa, Bromberg, Posenerplatz 13.

Gutenbergbund, so nennt sich die Organisation

der Buchdrucker innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Dieselben Kämpfe, wie alle christlichen Berufsorganisationen in ihren Anfängen, hat auch der Gutenbergbund durchzumachen. Unlautere Motive werden ihm stets untergeschoben, namentlich aber Tarixintreue. Daß dem nicht so ist, beweist eine vom Bund abgenommene Statistik, wonach 90 Prozent der Mitglieder in tarifreuen Druckereien beschäftigt sind. Während der große Buchdruckerverband in einem Jahre (nach der Statistik der Generalkommission für 1906) für Lohnbewegungen, Streiks und Absperrungen von insgesamt 155 Personen etwa 6000 M. ausgegeben hat, betragen die Unkosten des kleinen Gutenbergbundes im Jahre 1907 für Kämpfe zur Einführung und Durchführung des Tarifs etwa 1500 M. Allein 50 Bundesmitglieder standen zu diesem Zwecke Ende 1907 im Streik. Diese Tatsachen beweisen, wie ungerecht diese Vorwürfe von Seiten der Gegner sind. Der Gutenbergbund wird nicht eher ruhen, bis alle seine Mitglieder tarifreu sind. — Agitationsmaterial ist stets zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Gutenbergbundes, Berlin S. 42, Jakobikirchstr. 5 und das Sekretariat des Gutenbergbundes, Köln a. Rh., Palmstr. 14.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter

Deutschlands war am Ende des Jahres 1907 an 118 Tarifverträgen beteiligt. Es betreffen das Schreinergerwerbe im allgemeinen 85 Verträge; die Möbelschreinererei 8, Wagenbauerei 4, Drechserei 5, Büchsen- und Pfeilmacherei 5, Egelbau 4, Parkettlegerei 1, Hobel- und Sägewerke 7, Polsterei (Tapetiererei) 2 Verträge; Jalousiefabrikanten, Wagonfabrikanten, landwirtschaftliche Maschinenfabriken, Uhrenfabriken je 1 Vertrag.
Von den Verträgen haben Gültigkeit in Städten über 100 000 Einwohner 27, in Städten von 50- bis 100 000 Einwohner 17, von 20- bis 50 000 Einwohner 25, unter 20 000 Einwohner 49. Von letzteren wurden 31 Verträge in Orten mit unter 10 000 Einwohner getätigt. Damit ist wohl der Beweis erbracht, daß der korporative Arbeitsvertrag nicht allein in der Großstadt zu verwirklichen ist.
Die wöchentliche Arbeitszeit ist festgesetzt in einem Verträge auf 66 Stunden pro Woche, in einem auf 64, in zwei auf 64, in einem auf 62, in

37 auf 60, in einem auf 59 1/2, in 6 auf 59, in einem auf 58 1/2, in 14 auf 58, in einem auf 57 1/2, in 16 auf 57, in einem auf 56 1/2, in 12 auf 56, in 4 auf 55, in 19 auf 54, in 4 auf 53.

Die Stundenlöhne schwanken zwischen 27 und 70 Pfg. Für Ueberstunden werden Aufschläge von 10 bis 33 ein Drittel Prozent gezahlt, für Nachtarbeit solche von 20 bis 100 Prozent, für Sonntagarbeit 20 bis 100 Prozent. Für Montage am Dreie sehen 34 Verträge Aufschläge vor, für auswärtige Montage 76. Akkorarbeit ist in 5 Verträgen als unzulässig erklärt. Akkorarbeiten enthalten 28 Verträge. Garantie des Stundenlohnes bei Akkorarbeit ist in ebenso viel Verträgen vorgesehen.

Zur Durchführung der Verträge und zur Schlichtung von Streitigkeiten bestehen in 54 Fällen Schlichtungskommissionen, in 6 Fällen untersteht die Tarifinhaltung der Kompetenz von Arbeiterausschüssen. Das Gewerbergericht ist in 5 Fällen als Schlichtungsinstanz vorgesehen.

Das Bestehen der 54 Schlichtungskommissionen drängt hinsichtlich der jetzt zu schaffenden Arbeitskammern zu interessanten Vergleichen. Die Arbeiterausschüsse (die bei diesen als Wahlkörper vorgesehen sind) haben in der Holzindustrie wenig Bedeutung, weil hier meist mit kleineren Betrieben zu rechnen ist. Die Schlichtungskommissionen vertreten heute bereits in der Holzindustrie die noch zu schaffenden Arbeitskammern. Nur haben sie, wenn auch nicht als amtliche Organe, ein größeres Tätigkeitsgebiet, als es der veröffentlichte Arbeitskammerentwurf vorsieht. Das „Sich-verstehenlernen“ zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ist hier längst praktisch angebahnt und mancherorts auch gut gelungen. Solches war möglich, trotz der direkten Beteiligung der beiderseitigen Organisationen. Daraus sollten die gegebene Körperlichkeiten bei Beratung des Arbeitskammergesetzes lernen, indem sie der zu schaffenden Institution eine Organisation und ein Tätigkeitsgebiet geben, welche bereits praktisch erprobt sind und sich bewährt haben.

Und dann gibt es noch immer überfluge Arbeiter, die da meinen: „Ein Verband nützt doch nichts!“

Aus gegnerischen Organisationen.

Berliner Agitation. Wir entnehmen der „Bau-gewerkschaft“ folgenden interessanten Bericht über die Berliner Agitationsweise:

„Dem Vorstande der christlichen Bauhandwerker teile ich auf die Einladung mit, daß es mir leid tut, daß die Versammlung auf den Sonnabend gelegt ist, denn an diesem Tage sind bekanntlich die Geistlichen aus naheliegenden Gründen verhindert. Sonst wäre ich erschienen. Aber eins würde ich Ihnen empfehlen, zeigen Sie sich nobler, als sich Ihre Gegenpartei auf der letzten Versammlung gezeigt hat. Durch Vergewaltigung und Schimpereien wird man niemals einen anderen überzeugen können. Es zeichnet sich Kamarek, Kaplan.“

Wer ist mit dieser Gegenpartei gemeint, die sich hiernach durch Unnoblesse, Vergewaltigung und Schimperei auszeichnet? Das war die katholische Fachabteilungsrichtung, die den Katholizismus in Erb-pacht genommen zu haben vorgibt und jeden als Feind und schlechten Christen ansieht, der nicht ihrer Meinung ist. Allerdings sieht die Art ihrer Tätigkeit mit dem, was man von einem wirklich guten und unabhängigen Katholiken verlangen sollte, nicht immer im Einklang. Im Gegenteil! Wir kennen zurzeit keine Richtung, die mit unehrlischeren und vergifteteren Waffen kämpft, wie gerade die angegebene. Obiges Urteil ist daher auch nicht überraschend für uns, es bestätigt nur, was wir schon längst wußten. Was ist nun neuerdings geschehen?

Längere Zeit war der katholische Fachabteilungs-beamte Bull in Breslau, bekannt durch seine maß-losen und unflätigen Anwürfe gegen die christlichen Gewerkschaften, müsschenstill. Er war geduckt worden, und zwar von Männern, die sich dem erst durch die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften gegangenen Bull keine Vorwürfe ob ihrer politischen und gewerkschaft-lichen Anschauungen machen ließen. Unschuldig glaubt nun der „die katholische“ Streiter, es sei Groß über die früheren Dinge gemacht. Er grub die Streit-ort von neuem aus und begab sich wieder auf den Kriegspfad gegen die christlichen Gewerkschaften. In Deutsch-Krawatten setzte er ein mit dem Thema: „Das Wesen der christlichen Gewerkschaften“. Die Versammlungssteilnehmer haben über das Wesen der christlichen Gewerkschaften sehr wenig gehört. Der unklare und verschwommene Vortrag bestand zum größten Teil aus Angriffen und unwahren Beschuldigungen gegen die christlichen Gewerkschaften und Anwürfen gegen die Führer und Verteidiger derselben. Was Herr Bull an diesem Abende in der Verächtlichung der christlichen Gewerkschaften und deren Führer und Verteidiger geleistet hat, stellt alles, was man seither von diesem Sekretär der Berliner Fachabteilungen in dieser Beziehung gehört hat, in den Schatten. „Vagner, gemeine Lügner, infamste Lügner der Welt, Patrone, Heuchler, Verräter, Mobernisten, Verteidiger einer Pottentottenmoral, laze Christen“, das waren die immer wiederkehrenden Titel, mit denen Herr Bull die Gewerkschaften bedachte, und da berief sich der Herr immer wieder auf die katholische Kirche, welche nach seiner Behauptung jeden Katholiken zur Befämpfung der christlichen Gewerkschaften verpflichte.

Bei Anziehung der Krawattenkongressdebatte über positives Christentum bezeichnete Herr Bull den Vorstehen des christlichen Metallarbeiterverbandes, Wieber, als jetzigen Reichstagsabgeordneten. Gewerkschaftssekretär Schümmer vom christlichen Metallarbeiterverbande machte den Zwischenruf, Wieber sei nicht Reichstagsabgeordneter. Darauf rief Herr Bull in brüllendem Tone: Sie wissen nicht, daß Wieber Reichstagsabgeordneter ist? Sie haben ja gar keine Ahnung, was in der christlichen Gewerkschaftsbewegung vor sich geht. Dieser dumme Mensch will mich unterbrechen. Halten Sie Ihr Maul. Die christlichen Gewerkschaften benützen ihr Christentum als Deckmantel. (Jetzt wieder in brüllendem Tone.) Ja, ich pflichte dem Kollegen Ottersbach in Koblenz bei. Dieser Heuchlergesellschaft muß die Maske heruntergerissen werden. Ihre ganze Moral ist weiter nichts, als eine Juden-, Heiden-, ja Potten-tottenmoral. Die „Ostdeutsche Arbeiterzeitung“ hat in ihrer vorigen Nummer den Bericht des „Osterratore Romano“ wissentlich gefälscht, ebenso im vorigen Jahre die „Meißner Bzg.“ und die „Köln. Volkszeitung“. (Zuruf von Schümmer und Ehr-hardt: Das stimmt nicht!) Darauf Herr Bull sich wie wahnwitzig gebärdend: Wenn Sie das bestreiten, dann sage ich Ihnen, sind Sie der gemeinste und infamste Lügner der Welt! Auf dem Hüttenwert „Note Erde“ hat der christliche Metallarbeiterverband einen langen Streik geführt, um die Fachabteilungen

totzustreiken. (Zuruf von Schümmer: Welche Hüttenwert „Note Erde“ war das?) Bull brüllend und beinahe den Tisch unversehrt: Sie wissen nicht, wo das Hüttenwert „Note Erde“ liegt? Sie haben ja keine Ahnung, Sie sind ja zu dumm. (Laut brüllen): Das geht Sie, dummer Mensch, ja gar nichts an. Dann endlich: Das Hüttenwert „Note Erde“ bei Aachen! Nach Verlesung einiger Stellen aus der: Euzylita Romum novarum und des Fulbaer Passivale wurden in geradzuge jeden aufrichtigen Katholiken verlesender Weise kirchliche Autoritäten gegeneinander ausgepielt. Den Geistlichen, die sich für christliche Gewerkschaften erklären, sprach Herr Bull rundweg die Kenntnis des Wesens der christlichen Gewerkschaften und das Verständnis für die heutigen wirtschaftlichen Zusammenhänge ab. Wenn der Herr Kardinal Fischer die christlichen Gewerkschaften empfehle, so sei das der allerbeste Beweis, daß er sie eben nicht lenne. Kardinal-Bischof Schopp habe vor einiger Zeit einem Bezirkspräses der katholischen Arbeitervereine „Eig Berlin“ erklärt: „Die christlichen Gewerkschaften unterscheiden sich nur um ein geringes von den Sozialdemokraten. Sorgen Sie dafür, daß die christlichen Gewerkschaften nicht in ihren Bezirk hineinlommen. Führen Sie die Fachabteilungen ein.“ Mit einem Appell an alle Anwesenden, sich nicht den christlichen Gewerkschaften anzuschließen, schloß Bull unter teilweisem Beifall und Pfuiereien seinen 1 1/2 stündigen Vortrag.

Trotzdem Herr Bull 1 1/2 Stunden geredet hatte, wurde den Diskussionsrednern nur 15 Minuten Redezeit gewährt. Auf die aller parlamentarischen Ordnung hohnsprechende Geschäftsordnung wollen wir gar nicht näher eingehen. Selbst ein anwesender Geistlicher protestierte dagegen. In der Diskussion sprach als erster Redner Herr Ehrhardt. In sachlicher Weise widerlegte derselbe, soweit wie dies in der kurzen Zeit möglich war, die von Herrn Bull erhobenen Vorwürfe gegen die christlichen Gewerkschaften. Als zweiter Redner sprach Herr Gewerkschaftssekretär Schümmer. Kaum hatte derselbe begonnen, da drohte der Vorsitzende mit Wortentziehung, weil er nicht zur Sache spreche. Herr Ehrhardt, der gegen ein solches Gebaren protestierte, wurde zum Verlassen des Lokals aufgefordert. Es entstand ein Tumult. Mehrere Landwirte und Händler gingen mit erhobenen Händen auf Ehrhardt los. Nur durch das ruhige und besonnene Verhalten des letzteren wurde Schümmeres verhütet. Herr Bull beteiligte sich eifrig mit an der Hinausverführung von drei christlichen Gewerkschaftlern, die es gewagt hatten, gegen die Zeitung zu protestieren. Nachdem die Ruhe wiederhergestellt war, erklärte Schümmer: Das Verhalten der Referenten ist nur geeignet, das katholische Leben schwer zu schädigen. Die Verschimpfung der christlichen Gewerkschaften und ihrer Führer, dem Gegner den ehrlischen Willen abzuspüren, ihn der wissenschaftlichen Lüge zu bezichtigen, das war weder katholisch noch anständig, das war Gasenbubenart, und ich halte es unter meiner Würde, mit Gasenbuben zu diskutieren. Wer mit mir einer Meinung ist, bitte ich, den Saal zu verlassen. Daraufhin verließ ein großer Teil den Saal. Nur eine kleine Anzahl von Landwirten und Händlern blieben zurück. Im übrigen würde jede weitere Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Bull die Wirkung derselben nur abschwächen.

Das ist „Berliner“ Agitationsweise. Nach der „Oberhiesischen Volkszeitung“ führte der nämliche Bull am 5. Febr. in einer Versammlung in Handlitz aus, „daß es nicht christliche Arbeitervereine, wohl aber sich christlich nennende Gewerkschaften gebe. Diese Gewerkschaften benutzen aber das Wort christlich nur als Deckmantel, denn ihrem ganzen Wesen nach ist diese Organisation nicht christlich, sondern materialistisch und unterscheidet sich nach dem Ausspruch eines hohen Kirchenfürsten nur wenig von der Sozialdemokratie.“ Solches jagt dieser Mann frech und ohne mit der Wimper zu zucken. Daß durch eine solche Kampfmethode immer mehr unerfahrene Arbeiter in die Arme der Sozialdemokratie getrieben werden, ist ohne weiteres einleuchtend. In den Fachabteilungen finden die Arbeiter keine genügende Interessenervertelung, die christlichen Gewerkschaften werden schlimmer als alle anderen hingestellt, was bleibt dann weiter übrig. — An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen. — Eine zahlreich besuchte christliche Gewerkschaftsversammlung in Deutsch-Krawatten legte feierlichen Protest gegen eine derartige Agitationsweise ein. Obigen Brief richtete der Herr Kaplan an den Vorstand unseres Verbandes.

Terrorismus über das Grab hinaus.

Wir haben in der vorigen Nummer einige Fälle mitteilen können, wo die „Kämpfer für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ mit ihrem brutalen Terrorismus auch nicht vor dem offenen Grabe halt machen. Einen weiteren Beleg für sozialdemokratische Unduldsamkeit liefert in Nr. 50 das „Reich“. Die Zeitung schreibt:

„Pastor Braun berichtet in den „Monatlichen Nachrichten“ der Jesuagemeinde, Wasserthorstr. 37, das folgende Erlebnis aus dem Februar d. J.:
„Frau L. hat viele Jahre lang in Herz und Haus, an Leib und Seele schwere Lasten getragen; sie besaß unsere ganze Teilnahme, und wir ermahnten nicht, sie materiell und seelisch, zumal auf ihrem letzten schweren Krankenlager zu unterstützen. Wir hoffen auch, daß des Herrn Gnade der müden Dulderin ausgeholfen hat zu seinem ewigen Reiche. Aber den letzten Liebesdienst: ihr eine christliche Beerdigung zuteil werden zu lassen, hat uns der unbuldhame Geist des Unsterblichkeitswahn verwehrt. Der sozialdemokratische Mann der Entschlafenen schrieb uns in einem sonst sehr freundlichen Dank-briefe, daß er von seinem Verbannte, der ihn bei der Beerdigung der Frau unterstützte, verpflichtet worden sei, auf die Begleitung eines Predigers zu verzichten. Wir kennen diese terroristische Praxis der Genossen, die das heuchlerische Wort von der Religion als Privatfache immer im Munde führen, seit langem; nun ist sie uns auch durch eine christliche Urkunde bestätigt. Arme, dumme Herzen!“

Wie lange werden sich deutsche Arbeiter diese Sklaverei noch gefallen lassen?“
Der Verband deutscher Buchdrucker als Schrittgeber des Mittelstandes. Daß die so krampfhaft und reklameartig betonte Neutralität dieses Verbandes nicht immer gewahrt wird, zeigt Nr. 4 der „Mitteilungen des Gewerkschafts Berlin“. Diefelbe enthält unter der Rubrik „Notizen“ folgende Belams-machung:

